

06/03/86

Bagger rückten an zum Zentrum für Arbeit und Kultur



DER SCHUTT der abgebrochenen Hallen, in denen verschiedene Mülheimer Initiativen ein Zentrum aufgebaut hatten, wurde gestern weggeschafft. Bild: Schmitt

Die besetzten Hallen in Mülheim abgebrochen

Keine Zwischenfälle - Begegnungsstätte an anderer Stelle?

Von Thomas Schmitt

Die besetzten Hallen auf dem ehemaligen Guerra-Gelände in Mülheim, die bisher von verschiedenen Initiativen genutzt wurden, sind gemäß dem Ratsbeschluss vom Mai abgebrochen worden. Der Abbruch verlief ohne Zwischenfälle, ein angekündigter Sitzstreik vor den Toren der Hallen durch einige Besetzer fand gestern nicht statt. Erst am Abend trafen sich die Initiativen vor den verschlossenen Toren des Geländes zum „Plenum“, um die Situation zu beraten. Die Fläche soll möglichst schnell in eine Grünfläche umgestaltet werden. Gelder hierfür können bis Ende des Jahres beim Regierungspräsidenten abgerufen werden.

Die Bagger rückten zusammen mit Polizei morgens um sieben Uhr in der Rixdorfer Straße an. Keiner der Besetzer war in den Hallen, nur ihre Sachen lagen dort. Nachdem Wasser, Strom und Gas abgestellt und die Habseligkeiten der Besetzer in zwei Lastwagen geräumt worden waren, wurden die Hallen niedergelegt. Die Besetzer merkten von den Vorgängen in dem Gelände erst gegen elf Uhr, wurden aber von der Polizei, die auch mit Hunden angerückt war, nicht in das Innere gelassen. Nachdem am Montagnachmittag die Abbrucharbeiten beendet

worden waren, wurde gestern der Schutt weggefahren.

Noch in diesem Monat will das Amt für Stadterneuerung mit den Arbeiten für die Grünfläche auf dem etwa 2400 Quadratmeter großem Gelände beginnen. Für 240 000 Mark sollen der Teerboden durch Rasen oder eine wassergebundene Decke ersetzt, 28 Bäume gepflanzt, Bänke aufgestellt und Spielflächen gestaltet werden. Jugendbetreuer

Aus Kölner Stadtteilen

der Stadt, die dort schon tätig waren, sollen nach der Umgestaltung für Kinder ein Spielplatzprogramm anbieten.

Probleme mit der Finanzierung sieht der Leiter des Amtes für Stadterneuerung, Klaus Pankoke, nicht. Der Regierungspräsident habe keinen Anlaß mehr, das Geld zu sperren, nachdem die Stadtverwaltung das Konzept der Initiativen wie gewünscht geprüft habe. Es sei jetzt „höchste Eisenbahn“, das Geld beim Regierungspräsidenten abzurufen. Beim Amt für Stadterneuerung betont man, daß die Räumung nicht gegen

die Idee eines Zentrums gerichtet gewesen sei. „Eine öffentliche Begegnungsstätte für Mülheim ist an anderer Stelle nach wie vor akut“, sagte Ulrich Eissermann vom Amt für Stadterneuerung.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Hoch- und Wohnungsbau, SPD-Ratsmitglied Bernd-Wolfgang Schwarzkopf, ist nach dem Abbruch bereit, Zak in ein Konzept Mülheimer Begegnungsstätten einzuordnen. „Eine Möglichkeit für ein Bürgerzentrum wäre das Haus Düsseldorfstraße 74“, sagte Schwarzkopf. In diesem Haus leben seit 1979 die Mitglieder der Sozialistischen Selbsthilfe, eine an der Besetzung beteiligte Initiative.

Bevor jedoch mit einer Planung eines Bürgerzentrums begonnen werden könnte, will Amtsleiter Pankoke zunächst die Förderung für das Selbsthilfezentrum der Teestube mit seinem sozial-gewerblichen Schwerpunkt klären. Anfang nächsten Jahres könne man dann ein geeignetes Gebäude für ein Mülheimer Bürgerzentrum suchen und dessen Förderung durch das Land aushandeln. Welche Häuser dafür in Betracht kämen, weiß Pankoke noch nicht, die Düsseldorfstraße 74 sei aber „eine Möglichkeit“.